

Medienkonferenz vom 10. Januar 2017

Unternehmenssteuer-Bschiss höhlt öffentlichen Dienst aus!

Katharina Prelicz-Huber
Präsidentin VPOD, Mitglied Präsidialausschuss SGB



Die Schweiz und viele ihrer Städte wie bspw. Zürich, Sitz des VPOD, sind im weltweiten Ranking deshalb top und damit ideale Orte für internationale Unternehmen, weil wir (noch) einen hochstehenden Service Public anbieten können. Die Steuerbelastung ist längst nicht der wichtigste Standortfaktor; viel wichtiger sind eine qualitativ gute Bildung, Forschung, Gesundheitswesen, eine funktionierende Verwaltung, Rechtssicherheit, öffentlicher Verkehr, Kinderkrippen, Kulturangebote usw. mit ausgewiesenen Fachleuten vor Ort. Damit wird eine Firma überzeugt, ihren Sitz in die Hochpreis- und Steuer-Stadt Zürich zu verlegen (Bsp. Google). Diese Wettbewerbsfähigkeit ist einzigartig und bildet die Grundlage für unser hohes Wohlstandsniveau. Die USR III greift dieses Erfolgsmodell an!

Was das Parlament mit dieser Vorlage produziert hat, ist ungeheuerlich: Der internationale Druck zwang den Bund, Steuerprivilegien für global tätige Firmen mit Sitz in der Schweiz abzuschaffen. Recht so. Werden ungerechtfertigte Privilegien abgeschafft, hätten eigentlich mehr Steuern fließen müssen. Was im Steuervergleich mit den EU-Staaten gerechtfertigt gewesen wäre, zahlen doch Unternehmen in der Schweiz deutlich weniger Steuern. Aber was macht das Parlament: es senkt die Gewinnsteuern für Unternehmen nochmals deftig und schafft neue Steuer-Schlupflöcher. Es resultiert ein massiver Steuerausfall! Und das ohne Not; die Reichen darben nicht: Nur die 300 Reichsten in der Schweiz haben in einer Zeit der Negativzinse allein 2016 18,6 Milliarden mit Nichtstun dazu gewonnen und sind jetzt bei einem Gesamtvermögen von 613 Milliarden.

Bereits bei der USR II wurde das Volk betrogen. 850 Mio Ausfall wurde vorausgesagt geworden sind es mehrere Milliarden. Mit der USR III prognostiziert der Bund heute 3 Milliarden – schlussendlich werden es aufgrund der neuen Steuer-Schlupflöcher wie die „zinsbereinigte Gewinnsteuer“, „Patent-Box“, Step-up oder „F&E-Abzug“ weit mehr sein. Wie viele Milliarden fehlen werden, ist ungewiss. Klar aber ist, bezahlen werden es die Angestellten im öffentlichen Dienst mit schlechteren Arbeitsbedingungen, Löhnen und Stress und die gesamte Bevölkerung. Denn die gigantischen Ausfälle führen unweigerlich zu massiven Steuer- und Gebührenerhöhungen für Privatpersonen und zum Abbau im gesamten Service Public. 3 Beispiele:

1. Schon heute herrscht akuter Personalmangel im Gesundheitswesen. Abbau heisst, das Personal muss noch mehr Aufgaben in weniger Zeit erfüllen. Das trifft vor allem die PatientInnen und HeimbewohnerInnen, für die wesentlich weniger Zeit für die Pflege und Betreuung bleibt.
2. Abbau im Bildungswesen heisst weniger Lehrpersonen unterrichten grössere Klassen, weniger Stützunterricht und Freifächer, Zwangsferien, keine Lehrlingswerkstätten, Abschaffung des Berufswahl- oder 10. Schuljahres, weniger individuelle Förderung und weniger Chancengleichheit. Fatal, denn gut ausgebildete Jugendliche und Fachkräfte sind unsere Zukunft!
3. Die Schweiz hat eines der weltweit besten öffentlichen Verkehrssysteme. Das wird aufs Spiel gesetzt, weil Abbau Fahrplanausdünnung, Abschaffung von Regionallinien, ungenügender Unterhalt, Verlotterung der Infrastruktur, steigende Preise bei Tickets und Abonnements bedeutet.

Städte und Gemeinden, deren Angestellte und deren BewohnerInnen sind die Haupt-Leidtragenden: Um die Steuerausfälle zu kompensieren müssen die kommunalen Leistungen massiv abgebaut werden: weniger Feuerwehr, Polizei, Krippen, Altersheime, Theater, Musikschulen, Kinder- und Jugendtreffs oder Wintermantel-Zulage für die Ärmsten. Allein Zürich rechnet mit Ausfällen von mindestens 300 bis 750 Millionen pro Jahr! Klar, sagen viele Städte Nein zu dieser gefährlichen Vorlage.

Einmal mehr wären die Frauen besonders hart betroffen. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes arbeiten mehrheitlich Frauen: bspw. im Gesundheitsbereich beträgt der Frauenanteil 72% und in den Spitälern sind 86% des Pflegepersonals weiblich. In Schulen, Kindergärten, Kitas und sozialen Einrichtungen zeigen sich ähnliche Bilder. Diese „Frauenberufe“ sind mit der USR III vom Abbau besonders stark gefährdet. Doppelt betrogen sind berufstätige Mütter. Meist leisten sie neben ihrer (Teilzeit)-Erwerbsarbeit den grössten Teil der Betreuungsarbeit und sind auf ausserfamiliäre Betreuung angewiesen. Werden Kita-Plätze abgebaut und steigen die Preise, müssen Frauen ihren Job aufgeben oder das Pensum reduzieren. Widersinnig in Anbetracht des Fachkräftemangels und ein Affront gegenüber der Gleichstellung.

Nein zu diesem Unternehmenssteuer-Bschiss! Nein zur USR III am 12. Februar 2017!